

Chronik Innenpolitik 2002

zusammengestellt von
Michael Schied

- 01.01. In einem zum neuen Jahr veröffentlichten Zeitungsartikel bezeichnet Premierminister A.B. Vajpayee die Stärkung der nationalen Sicherheit als von „oberster Wichtigkeit“ und versichert, dass Indien über den Terrorismus triumphieren wird.
- 17.01. Der Chef des RSS, K.S. Sudarshan, sagt, dass Konversionen zu anderen Religionen verantwortlich für Konflikte in der Gesellschaft seien.
- 22.01. Bei einem terroristischen Anschlag auf das American Centre in Kolkata werden vier Polizisten getötet.
- 23.01. In einem Verfahren befindet das Oberste Gericht von Uttar Pradesh, dass im Unionsstaat keine Rechtsstaatlichkeit herrsche. Der Tamizhaga Rajiv Congress, geführt von Vazhapadi K. Ramamurthy, kehrt nach acht Jahren zur Kongresspartei zurück.
- 11.02. Bei den Wahlen zu neun Stadtparlamenten in Maharashtra geht die Koalition aus BJP und Shiv Sena als siegreichste politische Kraft hervor.
- 13.02. Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Uttar Pradesh kritisiert die Präsidentin der Kongresspartei Sonia Gandhi die Antiterrorismuskampagne der Regierungspartei, da sie den Patriotismus der Bevölkerung in Frage stelle und darüber hinaus religiöse Emotionen erzeuge.
- 24.02. Die BJP und die mit ihr verbündeten Parteien verlieren bei den Wahlen zu den Staatenparlamenten von Uttar Pradesh, Punjab, Uttaranchal und Manipur. In Uttar Pradesh erreicht die BJP nur 88 von insgesamt 403, wohingegen die Samajwadi Party mit 145 Sitzen stärkste Partei wird. Die Kongresspartei stellt somit in 14 Unionsstaaten die Regierung und bezeichnet die Wahlen als „eine Stimmenabgabe gegen die regierende BJP“.
- 27.02. 57 Reisende des Sabarmati-Express, zu denen u.a. aus Ayodhya zurückkehrende Hinduaktivisten gehörten, werden in der Bahnstation von Godhra (Gujarat) bei einem Brand getötet. Amarinder Singh (Kongresspartei) wird zum neuen Chefminister des Punjab vereidigt.

- 01.03. Der Vishva Hindu Parishad (VHP) ruft als Reaktion auf den Brand im Zug von Godhra (Gujarat) zum Generalstreik auf, währenddessen kommen bei der nun einsetzenden Gewaltwelle in Gujarat nach inoffiziellen Angaben in den nächsten Monaten insgesamt etwa 2.000 Menschen, vornehmlich Muslime, ums Leben.
- 02.03. Der mehrmalige Chefminister von Uttar Pradesh, N.D. Tiwari (Kongresspartei), wird nach dem Sieg seiner Partei bei den Wahlen zum Staatenparlament zum neuen Chefminister von Uttaranchal vereidigt. Vereidigung von Frau Jayalalitha (AIADMK) zur Chefministerin von Tamil Nadu, nachdem das Gericht die Korruptionsanschuldigungen gegen sie fallen gelassen hatte und sie aus den Nachwahlen erfolgreich hervorgegangen war. In einer Fernsehansprache zu den Unruhen in Gujarat ruft Premierminister A.B. Vajpayee zur Herstellung des Friedens auf, während der Chefminister von Gujarat, N. Modi, die Übergriffe auf Muslime als gleich große Reaktion auf den Anschlag gegen die Hindus in Godhra bezeichnet.
- 06.03. Die Opposition im Unterhaus fordert die Absetzung von Innenminister L.K. Advani und des Chefministers von Gujarat, Narendra Modi, für deren mangelndes Einschreiten gegen die Gewalt in Gujarat.
- 06.03. Das Oberste Gericht von Indien verurteilt die Schriftstellerin A. Roy aufgrund ihrer Kritik an der Gerichtsentscheidung zur Wiederaufnahme des Baus des Narmada-Staudammes in Gujarat im Jahre 2000 wegen „Missachtung der Justiz“ zu einer eintägigen Haftstrafe.
- 07.03. Der Führer der Kongresspartei, Ibobi Singh, wird zum Chefminister von Manipur vereidigt.
- 15.03. Nachdem die Regierung des Unionsstaates von Uttar Pradesh seit Ende des Vormonats Maßnahmen gegen eine größere Ansammlung von Aktivisten des VHP unternommen hatte und das Oberste Gericht dementsprechende Anordnungen erlassen hatte, hält der VHP seine Zeremonie zum Beginn des Baus des neuen Ram-Tempels in Ayodhya in etwa 1 km Entfernung vom Baugelände ab, bei der jedoch ein Beamter des Büros des Premierministers symbolisch Steine von dem zu bauenden Tempel entgegennimmt. Das Oberste Gericht von Neu-Delhi spricht den ehemaligen Premierminister P.V.N. Rao und den ehemaligen Innenminister Buta Singh im Verfahren wegen Bestechung von drei Abgeordneten der Jhakhand Mukti Morcha in der Berufung frei.
- 23.03. Bei den Wahlen zum Stadtparlament von Delhi gewinnt die Kongresspartei 108 von 135 Sitze, während die BJP nur 16 erzielt. Fünf unabhängige Abgeordnete treten unter dem Banner der Indian Federal Democratic Party der Regierung der NDA bei.
- 24.03. Der 17. Parteikongress der KPI(M) bezeichnet die Abwehr der BJP als die größte Herausforderung. Zwei Tage später betont die KPI auf ihrem 18. Parteikongress die Notwendigkeit einer politischen Alternative zu BJP und Kongresspartei. Der Vorsitzende der Menschenrechtskommission, J.S.

- Verma, kritisiert Regierungsbehörden für ihr Versagen, die Unruhen im Gujarat unter Kontrolle zu bringen.
- 26.03. Eine gemeinsame Sitzung von Ober- und Unterhaus verabschiedet das Antiterrorismugesetz (Prevention of Terrorism Act – POTA, 2002), nachdem das Gesetz im Oberhaus durch die Mehrheit der Stimmen der Opposition noch am 20. März gescheitert war.
- 30.03. Bei einem bewaffneten Angriff von Terroreinheiten auf den Raghunath-Tempel in Jammu kommen sieben Menschen, darunter die beiden Angreifer, ums Leben.
- 31.03. Die Nationale Kommission zur Überprüfung der Verfassung Indiens veröffentlicht ihren Abschlussbericht.
- 04.04. Premierminister A.B. Vajpayee besucht ein Flüchtlingslager in Gujarat.
- 10.04. Der Chef der Shiv Sena, Bal Thackeray, sagt, dass die jüngsten Wahlverluste der BJP der Preis für deren Aufgabe ihrer Hindutva-Ideologie gewesen seien.
- 12.04. Premierminister A.B. Vajpayee sagt auf der Tagung der Nationalexecutive der BJP in Goa, dass die Ausschreitungen gegen die Muslime in Gujarat eine direkte Reaktion auf den Überfall des Zuges in Godhra und den islamischen Fundamentalismus gewesen seien, wohingegen der Hinduismus „eine reiche Tradition des Respekts für die Rechte anderer“ habe. Auf der 3. Tagung der Chefminister der Kongresspartei in Guwahati bezeichnet die Parteipräsidentin Sonia Gandhi ihre Partei als „Indiens natürliche Regierungspartei“, und sie kündigt einen „kompromisslosen Kampf gegen den Kommunalismus“ an.
- 18.04. Die Regierung beschließt die Einsetzung einer Kommission zur Neubestimmung der Grenzen der Wahlkreise zu den Sitzen im Unterhaus und den Staatenparlamenten.
- 19.04. Die Regierung von Orissa weist die ersten 392 der insgesamt 3.000 aus Bangladesch als illegal eingewandert identifizierten Personen aus.
- 29.04. Rücktritt des Ministers für Kohle Ram Vilas Paswan (Lok Janshakti), angeblich aufgrund seiner abweichenden Haltung zu den Unruhen im Gujarat. Am nächsten Tag bietet der Staatsminister des Äußeren Omar Abdullah (National Conference) ebenfalls seinen Rücktritt an, was jedoch vom Premierminister fünf Tage später abgelehnt wird.
- 30.04. Die von der BJP angeführte Unionsregierung verhindert im Unterhaus nach 16-stündiger Debatte in den frühen Stunden des darauffolgenden Tages das von der Opposition eingebrachte Misstrauensvotum zu ihrem Verhalten in der Frage der Eindämmung der Gewaltwelle im Gujarat mit 276 zu 182 Stimmen, wodurch der in diesem Zusammenhang in der Kritik stehende Chefminister des Staates, Narendra Modi (BJP), ebenfalls weiter im Amt bleiben kann.
- 03.05. Vereidigung von Frau Mayawati (Bahujan Samaj Party) zur Chefministerin von Uttar Pradesh unter einer Koalitionsregierung von BSP und BJP, womit

- die unklaren Machtverhältnisse aufgrund der seit dem 08.03. im Unionsstaat bestehende direkte Herrschaft durch die Zentralregierung endet.
- 04.05. Umbenennung des Flughafens von Port Blair (Andamanen und Nikobaren) nach dem Begründer der Hindutva-Ideologie, Savarkar, im Beisein von Innenminister L.K. Advani.
- 06.05. Vereidigung von B.N. Kirpal zum neuen Chef des Obersten Gerichts Indiens.
- 10.05. Wahl von Manohar Joshi (Shiv Sena) zum neuen Sprecher des Unterhauses.
- 21.05. Ermordung des langjährigen Führers der Hurriyat-Konferenz von Jammu und Kaschmir Abdul Gani Lone.
- 24.05. Die Präsidentin der Kongresspartei Sonia Gandhi betont auf der Tagung des All-India Congress Committee (AICC) in Neu-Delhi die grundsätzlichen und unvereinbaren Unterschiede zur BJP.
- 26.05. Die acht Parteien umfassende Konföderation der indischen Kommunisten und demokratischen Sozialisten drängt die Kongresspartei, die Führung bei der Mobilisierung der Kräfte gegen die BJP zu übernehmen. Das Zentralkomitee der KPI(M) fordert die Einführung des Quotensystems für Unberührbare und Stammesangehörige in den privatisierten ehemals staatlichen Unternehmen.
- 03.06. Vereidigung von Manohar Parrikar (BJP) zum neuen Chefminister von Goa, nachdem seine Partei als stärkste aus den zuvor stattgefundenen Wahlen hervorgegangen war. Auch die Nachwahlen zu drei Sitzen des Unterhauses und zu elf Sitzen der Staatenparlamente bestätigen die derzeit herrschenden Machtverhältnisse.
- 10.06. Verhaftung des Führers der Hurriyat-Konferenz Jammus und Kaschmirs, Iftikar Geelani, wegen des Verdachts der Spionage.
- 13.06. In seiner ersten Erklärung nach der Ernennung zum Kandidaten der Regierungsparteien BJP/NDA für die Wahl des neuen indischen Präsidenten sagt A.P.J. Kalam, dass „die Nation größer als das Individuum“ sei. Kongress und Samajwadi Party schließen sich seiner Kandidatur an, wohingegen die Linksparteien die Veteranin der Unabhängigkeitsbewegung Lakshmi Sahgal als Gegenkandidatin aufstellen. Durch diese gegensätzliche Unterstützung der Präsidentschaftskandidaten zerbricht die seit etwa einem Jahr innerhalb der People's Front bestehende Allianz zwischen Samajwadi Party und den Kommunisten, und es scheitert ein weiterer Versuch des Aufbaus einer dritten Kraft jenseits von BJP und Kongresspartei.
- 23.06. Das oberste Exekutivorgan des VHP fordert auf seiner Tagung in Hardwar die Teilung von Jammu und Kaschmir und bekräftigt das Vorhaben der Organisation, den Rama-Tempel auf dem Gelände der ehemaligen Babri-Moschee zu errichten. Wahl von Syed Mohammad Rahey Hasani Nadvi zum neuen Präsidenten des All-India Muslim Personal Law Board auf seiner 16. Tagung. Die Tagung spricht sich gegen Eingriffe auf das Zivilgesetz der Muslime aus und fordert strenge Bekleidungs Vorschriften für muslimi-

- sche Frauen sowie die Zulassung der Kinderheirat bei muslimischen Mädchen.
- 25.06. Bei einem Treffen in Ayodhya, Uttar Pradesh, fordern mehrere hinduistische Würdenträger ein Verbot des VHP.
- 29.06. Drei Tage nach seiner Ernennung zum neuen Chef der BJP in Uttar Pradesh verrichtet Vinay Kathiar ein Gebet am provisorischen Rama-Tempel in Ayodhya. Berufung von Innenminister L.K. Advani zum Vizepremierminister.
- 01.07. Während einer Kabinettsumbildung tauschen u.a. Außenminister Jaswant Singh und Finanzminister Yashwant Sinha die Ressorts, und der ehemalige Parteichef der BJP, Jana Krishnamurti, wird zum Justizminister ernannt. Zum Parteichef der BJP wird Venkaiah Naidu bestimmt.
- 02.07. Mit dem Verbot der Tamil Nadu Liberation Army (TNLA), der Tamil National Retrieval Troops (TNRT) und der Akhil Bharat Nepali Ekta Samaj (ABNES) wächst die Zahl der unter den Bestimmungen des POTA für illegal erklärten Organisationen auf 32 an. Innenminister L.K. Advani weist die wenige Tage zuvor erhobene Forderung des RSS nach der Dreiteilung des Unionsstaates Jammu und Kaschmir zurück.
- 05.07. Ein Sondergericht des Central Bureau of Investigation (CBI) verurteilt den früheren Minister für Kommunikation Sukh Ram wegen Korruption zu drei Jahren Haft und 100.000 IRs Geldstrafe.
- 07.07. Die Präsidentschaftskandidatin Lakshmi Sahgal sagt, dass die Verfassung unter der Herrschaft der National Democratic Alliance bedroht sei.
- 08.07. Ein Allparteientreffen lehnt die von der Election Commission am 28. Juni herausgegebenen Richtlinien ab, wonach Kandidaten zu den Parlamenten ihr Vermögen offen legen sollen.
- 11.07. Die Regierung von Tamil Nadu unter Frau Jayalalitha (AIDMK) lässt den Generalsekretär der Marumalarchi Dravida Munnetra Kazhagam (MDMK, Regierungspartner in der NDA) und Abgeordneten des Unterhauses Vaiko im Rahmen des Prevention of Terrorism Act für seine angebliche Unterstützung der separatistischen Organisation der Tamilen auf Sri Lanka, LTTE, verhaften.
- 15.07. Hoffnungen auf direkte Gespräche mit der in bewaffnetem Konflikt mit der Regierung stehenden Naxalitenorganisation People's War Group scheitern, nachdem die Regierung von Andhra Pradesh das Verbot der Organisation um ein Jahr verlängert. Treffen zwischen Vertretern der Hinduorganisationen des RSS, der All India Imams Conference und des Muslim Personal Law Boards.
- 16.07. Die Kongresspartei bestimmt Shankarsinh Vaghela zum Parteichef in Gujarat.
- 21.07. Die Chefministerin von Tamil Nadu Jayalalitha bezeichnet die Forderung des Führers der PMK S. Ramadoss nach einer Teilung des Unionsstaates als „gefährlich“.

- 24.07. Fünf Menschen sterben in der Hauptstadt von Jharkhand, Ranchi, bei Gewaltausbrüchen während eines 24-stündigen Streiks, der die Regierung des Staates in ihrer Politik unterstützen sollte, Personen, die Vorfahren auf dem Gebiet des heutigen Unionsstaates im Grundbuch des Jahres 1932 nachweisen können, bevorzugt bei der Vergabe von Stellen im öffentlichen Dienst zu behandeln.
- 25.07. Vereidigung von A.P.J. Kalam als neuer indischer Präsident, nachdem er die Wahl mit 90% der Stimmen gewonnen hatte.
- 27.07. Tod des indischen Vizepräsidenten Krishan Kant.
- 28.07. Die Zahl der Todesopfer infolge der Flut in Bihar erhöht sich auf 43.
- 03.08. Die Tagung des Nationalrates der BJP in Neu-Delhi bestätigt den neuen Parteipräsidenten V. Naidu auf seinem Posten.
- 05.08. Premierminister A.B. Vajpayee kündigt die seit Januar 2000 erfolgte Besitzübergabe von über 3.000 Tankstellen und Händlern von Flüssiggas auf, nachdem bekannt geworden war, dass die Mehrzahl der Zuteilungen an führende Vertreter der Regierungspartei BJP erfolgt waren. Die Regierung veröffentlicht am 09.09. eine entsprechende Mitteilung, die hingegen das Oberste Gericht am 20.12. ablehnt.
- 06.08. Zehn Personen kommen während des terroristischen Angriffs der Organisation Lashkar-e-Toiba auf ein Lager der alljährlich stattfindenden Pilgerfahrt zur Höhle von Amarnath in Jammu und Kaschmir ums Leben. Die 65-jährige Kuttu Bai stirbt im Dorf Tamoli, Madhya Pradesh, durch Witwenverbrennung (*sati*).
- 12.08. Besuch des Präsidenten A.P.J. Kalam in den von den Unruhen betroffenen Gebieten in Gujarat.
- 14.08. Auf einer Kundgebung in Madurai vollziehen die Kongresspartei und der Tamil Maanila Congress die Wiedervereinigung ihrer Parteiorganisationen.
- 16.08. Die Election Commission stellt fest, dass aufgrund des Zusammenbruchs von Gesetz und Ordnung in Gujarat zurzeit nicht die Bedingungen für die Abhaltung fairer und freier Wahlen gegeben sind. Das Kaschmir-Komitee unter Leitung des ehemaligen Justizministers Ram Jethmalani nimmt seine Gespräche mit verschiedenen politischen Kräften des Unionsstaates auf. Einer Untersuchung zufolge sind seit dem Jahre 1995 20% der Grundstückszuteilungen an der Regierungspartei BJP nahestehende Organisationen gegangen.
- 19.08. Vereidigung des BJP-Politikers und Funktionärs des RSS Bhairon Singh Shekhawat als Vizepräsident Indiens, nachdem er gegen den Kandidaten der Opposition Sushil Kumar Shinde die Wahl mit 149 Stimmen Mehrheit gewonnen hatte.
- 26.08. In einer Kabinettsumbildung wird u .a. die bisherige Ministerin für Jugend, Uma Bharti, zur Ministerin für Kohle ernannt.
- 27.08. Der Minister für Wohnungsbau von Tamil Nadu, C. Durairaj, muss nach Protest mehrerer Organisationen wegen seiner Teilnahme an einem Ritual

- im Tempel von Peraiyur zurücktreten, bei dem eine Woche zuvor mehrere Kinder eine Minute lang lebendig vergraben worden waren.
- 29.08. Nach Jahren der Verfolgung verhaftet die Polizei von Bihar B. Singh, den Chef der der Tötung von über 500 Dalits beschuldigten Ranvir Sena.
- 02.09. Die Chefministerin Tamil Nadus, Jayalalitha, betont, nachdem sie fünf Tage zuvor die Präsidentin der Kongresspartei Sonia Gandhi ihrer italienischen Abstammung wegen attackiert hatte, die Notwendigkeit einer Alternativregierung ohne BJP und Kongresspartei und macht somit ihre politischen Ansprüche auf nationaler Ebene erneut geltend.
- 03.09. Das Oberste Gericht Indiens weist die Regierung Karnatakas an, bis zur endgültigen Entscheidung der Cauvery River Authority (CRA) Wasser von Beständen des Staates an Tamil Nadu freizugeben. Der Generalsekretär des VHP, Ashok Singhal, bezeichnet die Ereignisse von Gujarat als ein erfolgreiches Experiment, das im ganzen Land wiederholt werden wird.
- 04.09. Die Chefministerin von Delhi, Sheila Dikshit (Kongresspartei), bezeichnet das am 29.08. datierte Rundschreiben der Unionsregierung, wonach alle administrativen Entscheidungen der Genehmigung durch den Generalgouverneur bedürfen, als „eine politische Konspiration der BJP-geführten Unionsregierung gegen die legitim gewählte Regierung“ des Unionsterritoriums von Delhi.
- 09.09. Bei einem Unglück des Expresszuges Kolkata-Delhi kommen in der Nähe von Gaya (Bihar) 118 Menschen ums Leben.
- 11.09. Der Justizminister von Jammu und Kaschmir, Mushtaq Ahmed Lone, wird bei einer Wahlkampfveranstaltung von militanten Kräften erschossen.
- 12.09. Das Oberste Gericht hält die von der Regierung eingebrachten Veränderungen im Lehrplan, die die Opposition als Versuch der Regierung gewertet hatte, die ideologische Sichtweise der Regierungspartei zu verbreiten, für verfassungskonform, da die Verfassung den Studenten die „religiöse Erziehung nicht versagt“.
- 24.09. Bei einem Angriff zweier Terroristen der Laskar-e-Toiba auf den Akshardham-Tempel in Gandhinagar (Gujarat) werden im Lauf eines 15-stündigen Schusswechsels 44 Personen getötet.
- 03.10. Das Oberste Gericht verkündet, dass die Tempel-Puja nicht ausschließlich Brahmanen vorbehalten sei.
- 05.10. Die Regierung Tamil Nadus verabschiedet einen Erlass, der die „gewaltsame“ Konversion zu einer anderen Religion verbietet. Vier Tage später empfiehlt daher der Präsident der BJP, V. Naidu, allen Staatenregierungen dem Beispiel Tamil Nadus zu folgen.
- 07.10. Der Chefminister von Karnataka, S.M. Krishna, beginnt einen sechstägigen Fußmarsch, um gegen die Forderung, Tamil Nadus zu protestieren, das Wasser des Cauvery-Flusses freizugeben.
- 09.10. Bei den Wahlen zum Staatenparlament von Jammu und Kaschmir bleibt die regierende National Conference unter Vorsitz von Omar Abdullah zwar

- stärkste Partei, verfehlt jedoch infolge großer Stimmenverluste weit die absolute Mehrheit. Die BJP gewinnt nur einen Sitz. Innenminister L.K. Advani bezeichnet diese Wahlen, die von der Hurriyat-Konferenz boykottiert wurden, als einen „Sieg Indiens (und) einen Triumph der Demokratie“.
- 15.10. Im Dorf Jhajjar (Haryana) werden fünf Angehörige der Dalit-Kaste für die angebliche Tötung von Kühen von Aktivisten des VHP gelyncht. Der Führer der Shiv Sena, Bal Thackeray, fordert, „Selbstmordkommandos von Hindus gegen Muslime aufzustellen“.
- 27.10. Im Beisein mehrerer religiöser Oberhäupter findet in Yamunanagar erstmals seit 1978 wieder ein Treffen für nationale Integration mit 50.000 Teilnehmern statt.
- 28.10. Das Oberste Gericht urteilt, dass bei vorzeitig aufgelösten Staatenparlamenten der Abstand zwischen zwei Sitzungsperioden nicht sechs Monate betragen muss. Die Election Commission kündigt für den 12.12. Wahlen in Gujarat an. Der Chefminister von Karnataka, S.M. Krishna, entschuldigt sich beim Obersten Gericht und weist die Freigabe von Wasser des Cauvery-Flusses an.
- 30.10. Das Oberste Gericht Delhis urteilt, dass abgehörte Telefongespräche in Verfahren, die unter die Bestimmungen des POTA fallen, nicht als Beweismittel anerkannt werden.
- 31.10. In einer Grundsatzentscheidung urteilt das Oberste Gericht, dass staatlich finanzierte Einrichtungen ethnischer und religiöser Minderheiten in den Unionsstaaten der Regierungskontrolle unterliegen.
- 01.11. Der Machtkampf in Uttar Pradesh geht in eine neue Phase, nachdem die Samajwadi Party erklärt, dass sie die Unterstützung von 37 Abgeordneten der BJP für eine von ihr geführte Regierung im Staatenparlament habe. Kamal Pande übernimmt den Posten des Kabinettssekretärs.
- 03.11. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Minimalprogramms zwischen der Kongresspartei, der People's Democratic Party (PDP), der Panther Party und unabhängigen Abgeordneten wird Mufti Mohammed Sayeed (PDP) als neuer Chefminister von Jammu und Kaschmir vereidigt.
- 11.11. Bedingte Entlassung des Führers der Jammu and Kaschmir Liberation Front, Yasin Malik, aus der Haft.
- 18.11. Innenminister L.K. Advani bekräftigt, dass das Hindutva-Konzept seiner Regierung auf der Philosophie Swami Vivekanandas beruhe und sich nicht nur auf Hindupraktiken beschränke, sondern die „Lebensweise des indischen Volkes andeute“.
- 24.11. Bei einem Angriff militanter Kräfte auf den Raghunath-Tempel von Jammu kommen sieben Menschen, darunter einer der Angreifer, ums Leben.
- 26.11. Innenminister L.K. Advani fordert die Einführung der Todesstrafe bei Vergewaltigung.
- 29.11. Das Oberste Gericht bestätigt eine Bekanntmachung der Regierung von Uttar Pradesh, wonach das Verfahren gegen die der Zerstörung der Babri-

- Moschee am 6. Dezember 1992 beschuldigten Personen nun in einem Sondergericht in Rae Bareilly aufgenommen wird.
- 08.12. Nach 106 Tagen Geiselhaft durch den Kriminellen Veerappan wird der ehemalige Minister Karnatakas, H. Nagappa, tot aufgefunden.
- 14.12. Das Parlament verabschiedet das Freedom of Information Bill.
- 15.12. Nach einer Serie von Niederlagen bei mehreren Wahlen seit dem Jahre 1999 geht die BJP aus den Wahlen von Gujarat erstmals wieder siegreich hervor und gewinnt mit einer vor allem um die Eindämmung des muslimischen bzw. pakistanischen Terrorismus geführten Kampagne 126 von 182 Sitzen. Der Internationale Generalsekretär des VHP, Togadia, sagt, dass seine Organisation angesichts dieses Wahlergebnisses nun das gesamte Land zu einem Laboratorium für die Errichtung der Hinduoberhoheit machen werde. Narendra Modi wird sieben Tage später im Beisein von Premierminister A.B. Vajpayee in der Hauptstadt von Gujarat, Ahmedabad, als Chefminister von Gujarat vereidigt.
- 17.12. Das Oberste Gericht urteilt, dass Rechtsanwälte kein Streikrecht haben.
- 18.12. Drei der vier im Verfahren um den Terroranschlag auf das Parlament vom 13. Dezember 2001 Angeklagten werden wegen Konspiration zum Tode verurteilt.
- 19.12. V.N. Khare löst nach nur 41 Tagen Amtszeit G.B. Pattanaik als Chief Justice ab.
- 24.12. Auf der Tagung der Nationalexecutive der BJP bestätigt Premierminister A.B. Vajpayee die auf der Hindutva-Ideologie basierende Politik seiner Partei und erklärt, dass Indien seit Jahrtausenden ein „Reich der Hindus“ sei.

13.01. Innenminister L.K. Advani beendet seine sechstägige Reise durch die USA, während der er u.a. Gespräche mit US-Präsident Bush und US-Außenminister Colin Powell geführt hatte und die dabei die USA die „unmissverständliche“ Haltung Indiens zu Pakistan und dessen angebliche Unterstützung terroristischer Gruppen klar zu machen. Während eines Besuchs in Indien sagt der chinesische Premierminister Zhu Rongji, dass sein Land „keine Bedrohung für Indien darstellt“.

17.01. Die Verteidigungsminister von Indien und den USA, George Fernandes und Donald H. Rumsfeld, kündigen im Anschluss an ihre beidseitigen Gespräche in Washington den Ausbau der militärischen Zusammenarbeit an.

18.01. Gespräche des US-Außenministers Colin Powell mit Premierminister A.B. Vajpayee in Delhi.

22.01. Das vierte Treffen der indisch-US-amerikanischen gemeinsamen Arbeitsgruppe gegen Terrorismus beendet in New Delhi seine Arbeit.

24.01. Indien lehnt Vorschläge des pakistanischen Politikers P. Musharraf zu einem Nichtangriffspakt mit zu einer Entschärfung des Subkontinents ab.